

Ordnung und Moral, oder den für das Leben der Völker verantwortlichen Staatsmännern und politischen Instanzen der Nation.

Die Ordnung der Presse in Deutschland

Als wir im Jahre 1933 begannen, den nationalsozialistischen Staat aufzubauen, und uns auf dem Gebiet des Pressewesens einer geradezu chaotischen Erbchaft gegenübersehen, mußten wir uns diese Frage stellen: Wie entscheiden wir uns für das letzte und haben dann sehr schnell gehandelt.

Die Reinigung der Presse in Deutschland war (sozusagen) die Wirtskunde und die Neugefaltung unserer Presse — ich möchte sagen — die Erstgeburt der nationalsozialistischen Revolution.

Das Schriftleitergesetz hat auch echt nationalsozialistischem Geiste heraus den Schwerpunkt der Verantwortung für den Inhalt der Zeitung von der Sache auf die Person verlegt. Es hat die persönliche Verantwortung für den redaktionellen Teil, d. h. für den geistigen und politischen Inhalt der Zeitung weiterhin sichtbar herausgestellt. Es entspricht dem Grundgedanken der absoluten Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber dem Volksganzen, daß derjenige, der in der Zeitung schreibt und öffentliche Meinung macht, auch dem Staat und der Öffentlichkeit für seine Tätigkeit verantwortlich ist. Mit der radikalen Trennung von Geschäft und Politik, die das deutsche Schriftleitergesetz vollzogen, ist die Voraussetzungen geschaffen worden für die Gesundung unserer Presse. Denn dieses staatliche Gesetz hat in der Brust jedes deutschen Journalisten das innere Gesetz jener höheren Pressefreiheit lebendig werden lassen, die den journalistischen Beruf als einen durch nationale Verantwortung gebildeten Beruf vor vielen auszeichnet.

Barometer der Weltpolitik

Darin sehen wir die innere Kraft und die nationale Bedeutung der Presse. Demgegenüber steht die internationale Macht und Bedeutung der Presse als eines weltpolitischen Faktors. Die Presse ist eine Macht im Leben der Völker, die größer ist, als sich die bürgerliche Weisheit mancher Zeitgenossen träumen läßt. Ueber die Drähte der Presse wird heute die wirkliche oder vermeintliche Einstellung der Völker zu allen großen Ereignissen innerhalb weniger Stunden von Land zu Land getragen. Die Presse gibt als die öffentliche Meinung, weil sie die öffentliche Meinung auf das stärkste beeinflusst.

Und deshalb kann man sie als das Barometer der Weltpolitik bezeichnen, dessen Ausschlag und Zeigerhand sicherlich die Entscheidung vieler Kabinette in den letzten Jahrzehnten stärker und unmittelbarer beeinflusst hat, als mancher zu ahnen vermög.

Diese Macht nun, die der Presse in die Hand gegeben ist, steht zwischen Gut und Böse. Ein französischer Diplomat bezeichnet sie deshalb einmal treffend als die Junge, von der Napoleon sagt, sie sei das Beste und das Schlechteste. Leider hat sich bisher in den internationalen Beziehungen die schlechte Junge weit vernünftiger bemerkbar gemacht, als die guten Kräfte der Presse zur Geltung kommen konnten. Wie oft hat die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die bewußte Fälschung und durch verantwortungslose Sensationsberichterstattung die schwersten Gefahren für den Frieden der Völker heraufbeschworen.

Der Führer hat in seiner letzten Reichstagsrede den Finger an diese offene Wunde im Zusammenleben der Völker gelegt. Er hat den Herrern und Brunnengießern eine deutsche Antwort erteilt und den Regierungen zugerufen, daß es ein verdienstvolles Werk sein würde, wenn es gelingen könnte, nicht nur den Abwurf von Gift, Brand und Sprengbomben auf die Bevölkerung international zu verhindern, sondern vor allem den Vertrieb von Zeitungen zu beschränken, die auf die Beziehungen von Staaten schädlicher wirken, als es Gift- oder Brandbomben je zu tun vermöchten.

Dr. Dietrich nahm dann Bezug auf seine Rede auf dem letzten Parteitag in Nürnberg, in der er an Hand geschichtlicher Dokumente den Beweis erbracht habe, wie eine gewissenlose Arbeit der Presse zwischen Völkern, die den Frieden lieben, sich zu säen und Krieg zu ernteführen vermög. Und ich darf Ihnen sagen, daß sich bis heute keine ernsthafte Stimme erhoben hat, die diese Anlagen hätte widerlegen können. In privaten Schreiben vieler Journalisten sind mir zahlreiche Neuerungen der Zustimmung zugegangen, die mir Beweis dafür sind, wie sehr meine aufräubernden Worte allen anständigen Journalisten, die unter dem Jzwang der Verhältnisse stehen, aus der Seele gesprochen waren. Und wie so vielen Journalisten geht es auch so vielen demokratischen Staatsmännern. Sie haben das sie bebrüdende Presseproblem längst erkannt, aber wagen nicht, es anzupacken. Ihre eigene Pressefreiheit verbietet ihnen — ich möchte sagen, bei Lebensgefahr, — diese Probleme auszurufen.

Nur die Führer der autoritären Regierungen haben bisher diesen Aufständen gegenüber laut und vernünftig ihre Stimme erhoben. So hat der italienische Regierungschef Mussolini erst in den letzten Tagen dem Präsidenten der internationalen Berichterstattung auf neue dargelegt, wie hart das Uebel der tendenziösen Berichterstattung verbreitet ist. Alle diese unrichtigen und unwahren Pressemeldungen schaffen einen gefährlichen Zustand, der nicht unbedenklich sei und den im Interesse des Friedens zu beseitigen alle Länder zu helfen verpflichtet seien.

Auch in den parlamentarischen Demokratien hat man — wie die zwar vorsichtigen, aber eindeutigen Äußerungen vieler ihrer verantwortlichen Staatsmänner zeigen — die Bedeutung dieses Problems erkannt. Dr. Dietrich verwies auf entsprechende Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Lebroun, des Außenministers Delbos, des Kammerpräsidenten Hertiot, des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš, des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg und andere.

Der englische Ministerpräsident Chamberlain sagte bei einer der letzten politischen Ansprachen im Unterhaus: Die Macht der Presse zum Guten oder zum Schlechten ist auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen sehr groß, und ein umständlicher Gebrauch dieser Macht, geleitet von dem vollen Bewußtsein der Verantwortung, kann vielleicht weitreichende Folgen haben, indem auf diese Weise eine günstige Atmosphäre für die Ziele erreicht wird, die wir anstreben.

Zweifellos hat der englische Ministerpräsident bei dieser Mahnung an die verhängnisvolle Rolle gedacht, die ein großer Teil der englischen Presse bei dem Besuch von Lord Halifax in Berchtesgaden gespielt, und an den Bärenhieb, den sie der britischen Diplomatie erwies hat. Und in der Tat, was haben die topische Sensationsmacherei verantwortungsloser Presse und die Fälschungsmanöver dunkler Elemente in den letzten Jahren nicht schon an Verhandlungsmöglichkeiten zwischen den Völkern verlagert? Dieses Schuldkonto ist groß, aber es wächst ins Riesenhafte, wenn man bedenkt, welche ungeheuren positiven Möglichkeiten in der Macht der Presse liegen und welchen Segen sie der menschlichen Gemeinschaft bringen könnten, wenn sie sich der wahren Verantwortung ihrer Aufgaben bewußt würde.

Warum kein Pressefriede?

Wie friedlich würde die Welt sein, wenn nicht nur über den Frieden geschrieben, sondern in den Zeitungen selbst Frieden gehalten würde! Die Presse könnte im politischen Leben der Völker geradezu Wunder wirken. Seit 20 Jahren bemüht sich beispielsweise ein „Bakterium“ um die internationalen Beziehungen. Wie viele diplomatische Bemühungen, wie viele Tagungen und Konferenzen sind aufgewandt worden. Das Ergebnis ist mehr als gering, es ist kärglich. Wie anders könnten die Völker zueinander stehen, wenn sie die Bedeutung

Dienst an der gesamtdeutschen Sache

Bundesminister Glaise-Horskenau in Stuttgart

Der österreichische Bundesminister Glaise-Horskenau traf am Montag in Stuttgart ein, wo er am Abend im Deutschen Auslandsinstitut über das Thema: „Das Jahr 1000 als deutsches Schicksalsjahr“ sprach. In Begleitung des Ministers befand sich Ministerialoberkommissar Dr. Carl Kramm vom Bundeskanzleramt.

Mittags fand zu Ehren des Ministers im Rathaus ein Empfang statt, bei dem Oberbürgermeister Dr. Strölin den Bundesminister aufs herzlichste willkommen hieß. In dem Besuch des Ministers sei ein Zeichen dafür zu erblicken, wie stark im Augenblick alle Kräfte am Werke seien, um die Mißstände und Schwierigkeiten zu beseitigen, die bisher das Verhältnis zwischen Österreich und dem Deutschen Reich beeinträchtigt hätten. Dieser Besuch werde mit dazu beitragen, das Bewußtsein der geschichtlich und stammesmäßig bedingten Zusammengehörigkeit der beiden Staaten immer mehr zu vertiefen.

Bundesminister Glaise-Horskenau dankte dem Oberbürgermeister für die lebenswürdige Aufnahme, die ihn schon in den wenigen Stunden seit seinem Eintreffen in Stuttgart aufs tiefste berührt und beeindruckt habe. Er sei glücklich, auch weiterhin als Minister der gesamtdeutschen Sache dienen zu dürfen. Ganz besonders freue er ihn, nach der befreundeten Tat des 12. Februar in Deutschland weilen und Zeuge des feistlichen Aufschwunges sein zu dürfen, der heute das ganze deutsche Volk beherrsche. — Der Bundesminister trug sich hierauf in das Goldene Buch der Stadt ein. Oberbürgermeister Dr. Strölin überreichte dem Bundesminister als Geschenk der

der Presse und ihre Wirkungsmöglichkeit für eine verständnisvolle Zusammenarbeit erkennen würdel. Aus einer sooft Saß und Anwartschaft senden Geistes, zu der sich heute leider große Teile der Presse ausgewachsen haben, könnten eines der segensreichsten völkerverbindenden Elemente werden! Die Völker wollen den Frieden, sie wollen die Verständigung mit ihren Nachbarn. Aber die Presse in so vielen Ländern, die sich brüstet, die öffentliche Meinung zu sein, läßt diese Wünsche nicht zur Geltung und nicht zur Wirkung kommen.

Warum wird der Weg zum internationalen Pressefrieden nicht beschritten? So kann der Mann auf der Straße in vielen Ländern mit Recht fragen. Ueber Kolonialkrieg, Mädchenhandel und Panzerüberverlegung konnten die Nationen sich einigen, warum sollten sie sich nicht gemeinsam der Bekämpfung der politischen Hege und der durch verantwortungslose Presseelemente hervorgerufenen Friedenssabotage annehmen? Diese Frage möchte ich heute stellen?

Ich verneine nicht die Schwierigkeiten, die sich ihrer Lösung im einzelnen entgegenstellen. Aber ich darf die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß in Deutschland und Italien durch eine moderne Pressegesetzgebung zum ersten Male überhaupt die praktischen Voraussetzungen zu internationaler Pressezusammenarbeit geschaffen worden sind. Die Struktur unserer Pressewesen eröffnet in der Tat erstmalig den Ausblick auf erreichbare Ziele einer internationalen Pressepolitik, die, wenn sie sachlich begriffen und beurteillos verfolgt wird, zu einem wahren Segen für alle Völker und die Menschheit werden kann.

Wer einmal diese praktischen Ziele und Möglichkeiten erkannt hat, der ist im Interesse der Völker und des Friedens geradezu verpflichtet, ihre Verwirklichung international anzugreifen.

Und nur von diesen Gedanken läßt sich die deutsche Pressepolitik leiten, wenn sie versucht, durch zweiseitige geschriebene oder ungeschriebene Pressevereinbarungen von Land zu Land und schrittweise den Weg zur Vernunft und zur Verständigung auf dem Gebiet des internationalen Pressewesens anzubahnen.

Die Pressekommen Deutschlands mit Polen und Österreich bieten diesem Ziel, und färlzich, aus Anlaß des Besuches des jugoslawischen Ministerpräsidenten, sind wir auch mit Jugoslawien zu einem erstenlichen Gentleman-Agreement bezüglich der gegenseitigen Pressebeziehungen gekommen. Die deutsche Pressepolitik wird diesen Weg der Richtungspunkte und Pressevereinbarungen von Land zu Land weiterhin verfolgen nach Maßgabe der politischen und pressepolitischen Möglichkeiten, die sich dafür bieten.

Grenzen der Pressemoral

Aber es gibt hier Grenzen, das muß in diesem Zusammenhang gesagt werden. Nicht Grenzen unseres guten Willens, der vorhanden ist, sondern Grenzen der Verhandlungsmöglichkeiten überhaupt, Grenzen der Pressemoral, die in anderen Ländern liegen. Wie es keinen Waffenstillstand geben kann zwischen zwei Staaten, von denen der eine über ein wohl-diszipliniertes Heer verfügt, während die Truppen des anderen sich in der Hand von Condottieri befinden, die Krieg auf eigene Faust führen,

so kann es auch keinen Frieden der Presse geben, wenn nur der eine Teil einer nationalen Disziplin gebort, während der andere sich aller Verantwortung entzieht und sich nur von dem anonymen Einfluß fiedererzönderer Mächte leiten läßt.

Wir sind durch die nationale Disziplin, zu der unsere Presse durch die nationalsozialistische Pressepolitik erzogen worden ist, in die Lage versetzt, solche Abkommen zu treffen und sie auch zu halten. Wie aber sieht es in vielen anderen Ländern aus? Wie oft pflegen diplomatische Vorstellungen wegen unqualifizierbarer Angriffe gegen unser Volk und seine Staatsform mit folgender, fast stereotyper Antwort bedacht zu werden: „Wir sehen ein, daß es sich hier um eine plumpe Lüge oder um eine grobe Verleumdung handelt, aber wir haben bei der versassungsmäßig garantierten Freiheit unserer Presse kein Mittel, um wirksam einzuschreiten.“

Derartige Einwände sind und selbst vom Standpunkt der weitestgehenden demokratischen Pressepolitik aus völlig unbegründet. Denn was durch eine solche Auffassung von der Pressefreiheit verdrängt wird, ist keine Pressefreiheit, sondern Presseerschleicherei. Hier stellt sich der Staat unter Vorbehalt auf seine eigene Verfassung schützend nicht vor die Pressefreiheit, sondern vor die Schimpf- und Verleumdungsfreiheit. Hier sind ganz offenbar die allgemeinen Menschenrechte falsch ausgelegt. Denn gegen Heber und Lügner, die die außenpolitischen Beziehungen der Nation vergiften und damit den Frieden des eigenen Volkes auf das schwerste gefährden, kann jede Regierung einschreiten. Denn das Wohl des Volkes und die Sicherheit des Staates sind ja für die Demokratie oberstes Gesetz.

Wo die Interessen des eigenen Volkes in verantwortungsvoller Weise durch publizistische Brunnengießerei gefährdet werden, sollte jeder Staatsmann nach den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen seiner Verfassung das Recht für sich in Anspruch nehmen, eine Zeitungsausgabe, die sich dieses Volkverbrechens schuldig macht, zu beschlagnahmen. Länder, in denen solche für jeden anständigen Menschen selbstverständ-

Stadt Stuttgart eine künstlerisch gefertigte Wappe mit Photographien der württembergischen Landeshauptstadt.

Teil des völkereutschen Reiches

Glaise-Horskenau über den deutschen Weg Österreichs. Im überfüllten und mit den Wappen der österreichischen Bundesländer geschmückten Ruppelsaal des Stuttgarter Kunstgebäudes sprach auf Einladung des Deutschen Auslandsinstitutes der österreichische Bundesminister Dr. Glaise-Horskenau. Der Minister erklärte zunächst, nicht als Politiker, sondern als Historiker zu sprechen. Dennoch habe sein scheinbar weit abliegendes Thema zahlreiche Beziehungen zur Gegenwart, da im deutschen Ostraum das Antikz Mitteleuropas seine wichtigsten und entscheidenden Züge schon um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung erhalten habe.

Er schloß: „Das kein geworden, als Strandgut der Katastrophe zurückgebliebene Österreich ragt als rein deutsches Land wieder tief in den von fremden Staaten erfüllten Donauraum hinein. Es kann nur in naher Anbahnung an das große, von Adolf Hitler zu neuem Glanz emporgeführte Deutsche Reich politisch, kulturell und wirtschaftlich gedeihen, in einer nahen Anlehnung, die zu erreichen und zu festigen eben erst wieder zu Versuchesgaben die Führer der beiden Staaten betunden haben. Dieses Österreich läßt sich bei allem staatlichen Eigenleben als völkereutsches und aufgabenreiches Glied jenes großen völkereutschen Reiches, das über alle Grenzen hinweg in der Gemeinshaft von Blut und Boden, von Kultur und Geist begrundet und verbündet ist.“

lichen Grundsätze nicht zur Geltung kommen können, sind für uns keine Partner für Presseabkommen.

Es hat sich im Ausland die seltsame Gewohnheit eingebürgert, die deutsche Regierung für jedes Wort, das in deutschen Zeitungen steht, verantwortlich zu machen, von der deutschen Presse aber bis zur Selbstentäußerung jene Zurückhaltung zu verlangen, zu der man sich selbst im Zeichen einer sachlichen Pressefreiheit nicht im geringsten verpflichtet fühlt. Das ist eine wenig saure Spekulation auf unsere Anhänglichkeit, mit der man dem Ziel eines Pressefriedens seinen Schritt näher kommt. Denn wir wollen auf keinen Fall als Lohn für unsere aufrichtigen Bemühungen den Schaden dieser verantwortungslosen Pressehege tragen. Ein jeder solcher Angriff, wenn er nicht von der eigenen Regierung sofort unterbunden wird, zwingt uns, mit den gleichen Waffen zurückzuschlagen. Wir können es uns nicht leisten, friedfertige Engel zu sein, wenn uns der Teufel im Nacken sitzt. Hier gilt für uns das Wort: Aug' um Auge, Zahn um Zahn.

Auch wir können unseren Beitrag zum Pressefrieden nur Zug um Zug leisten. Man kann von uns nicht erwarten, daß wir die Felle unserer Presse im Köcher halten, wenn von allen Seiten gegen uns die Dreschschleudern in Bewegung gesetzt werden.

Darüber müssen sich die Staatsmänner anderer Länder, die einen Pressefrieden zur Vorbereitung einer allgemeinen politischen Regelung für unerlässlich halten, im Klaren sein. Es ist wenig damit gebietet, wenn man am grünen Tisch Friedensbetreibungen abblät, während man gleichzeitig der Presse zu Selbstkampagnen die Jagd frei läßt.

Dr. Dietrich wies dann darauf hin, daß Deutschland ebenso wie Italien durch seine Pressereform und Pressegesetzgebung den ersten Schritt zu einer vernünftigen zwischenstaatlichen Pressepolitik getan und den Weg zu einer Entgiftung der internationalen Atmosphäre gewiesen habe. Es ist nun an den anderen, uns zu folgen, wenn es ihnen ernst ist mit den Friedenswünschen.

Die Aufgabe des Auslandsjournalisten

Nach diesen Ausführungen wandte sich Dr. Dietrich der Frage zu, was Deutschland von Auslandsjournalisten erwartet, und befristete damit auch einige Mißverständnisse. Er stellte hier zunächst fest, daß sich journalistische Freiheit und nationale Verpflichtung gut miteinander vereinbaren lassen. Die Aufgabe des Auslandsjournalisten sehe er darin, daß er seinen Landsteuten das unvoreingenommene wahrheitsgetreue Bild eines fremden Landes und Volkes vermittele. Wir seien aber empfindlich darin, wenn wir feststellen, daß ein Auslandsjournalist allen Bemühungen der Politiker, ein gutnachbarliches Verhältnis mit anderen Völkern herzustellen, durch bewußte tendenziöse Berichterstattung über die innerdeutschen Ereignisse fortgesetzt verführet, andere Völker gegen uns aufzuhetzen. In diesem Falle haben wir das Institut der Auslandsjournalisten, die übrigens eine von allen anderen angewandte Maßregel ist, die überall den Journalisten trifft, der seine berufliche Anstandsspflicht verleiht und die ihm gewährte Gastfreundschaft mißbraucht.

Gewiß, ganz ohne Sensation ist eine Zeitung nicht zu machen. Aber bieten die Verfassungen des nationalsozialistischen Deutschland auf so vielen Gebieten nicht übergenug Stoff zu sensationeller Berichterstattung? Man sollte nicht mit Fleiß nur das Negative suchen, wo soviel Positives vorhanden ist.

Dr. Dietrich wandte sich zum Schluß seiner Rede noch persönlich an die Auslandsjournalisten: Ich sehe in Ihnen und Ihrer berufsmäßigen Mitarbeiter nicht ein destruktives, sondern ein aufbauendes Element zur Mitwirkung an der Verwirklichung jener pressepolitischen Internationalitäten, die in einem der drängendsten Probleme der Internationalen Politik geworden sind. Der Führer unterschied in seiner Reichstagsrede zwei Arten von Journalisten. Ich werde mich glücklich schätzen, wenn ich Sie stets und ausnahmslos zu denen zählen darf, die wissen, daß sie ihrem Volke am besten dienen, wenn sie der Wahrheit den Weg zu ihm bereiten.

Der Vortrag von Reichspressechef Dr. Dietrich wurde insbesondere von den ausländischen Gästen, unter denen sich der tschechische Botschafter Krpaz, der polnische Botschafter Lipski, der italienische Botschafter Graf Maistrati sowie die Gesandten von Norwegen, Dänemark, der Tschechoslowakei, der Schweiz, von Österreich, Griechenland, Ungarn, Belgien, Schweden und anderen Staaten befanden, mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Die Förderung nach einer internationalen Pressezusammenarbeit und die Darlegung der positiven Maßnahmen, die Deutschland auf diesem Gebiet bereits ergriffen hat, hinterließen einen nachhaltigen Eindruck. In regem Meinungsaustrausch mit Dr. Dietrich und Alfred Rosenberg sowie den übrigen deutschen Persönlichkeiten, unter ihnen Reichsminister Dr. Obeforge, Staatssekretär von Mackensen, Korpsführer Generalleutnant Christianjan, der Chef des Protokolls, Gesandten von Vilow-Schwane, Reichsriegsopferführer Oberlinde, blieben die ausländischen Gäste noch längere Zeit verweilt.

Handwritten notes and fragments of text in the right margin, including: „Sich Lage, E Referen der etw werden, Währen len die Schopan Ram ende seit Erfolg r sondern stärksten abend fe Rasen“ and other fragments.